

Niederschrift

über die 32. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 18.04.2002 im Großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses

Unter Vorsitz von Bürgermeister Heinrich Stommel nehmen folgende Stadtverordnete (StV) an der Sitzung teil:

Schmitz, Peter,	1. stellv. Ausschussvorsitzender
Gunia, Wolfgang,	2. stellv. Ausschussvorsitzender 16:00 - 18:55 Uhr
Anhalt, Wolfgang,	StV
Birx, Michael,	StV
Bochem, Hans-Peter,	StV
Capellmann, Peter,	StV
Doose, Friederike,	StV
Esser-Faber, Margarete,	StV
Frey, Heinz,	StV 16:00 - 18:55 Uhr
Kieven, Hubert,	StV 16:00 - 18:55 Uhr
Köhne, Franz-Josef,	StV
Lambertin, Servatius,	StV
Meyer, Hans,	StV
Müller, Heinz,	StV
Neuenhoff, Claus Hinrich,	StV
Pott, Hildegard,	StV abwesend
Riesen, Karl-Heinz,	StV
Schumacher, Dr. Helmut,	StV
Kolonko-Hinssen, Eva-Maria,	StV mit beratender Stimme
Fink, Ulrike,	Vertreterin für StV Hildegard Pott

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Schulz, Martin	Beigeordneter
Krause, Joachim	Dezernent
Spelthann, Edmund	Kämmerer
Haffner, Kerstin	Rechtsamtsleiterin
Heinen, Helmut	Hauptamtsleiter
Heuter, Leo	Hochbauamtsleiter, zu TOP 1
Marx, Gert	Schulverwaltungs- und Sportamtsleiter, zu TOP 1
Rutte-Merkel, Frank	Wirtschaftsförderer, zu TOP 4
Muckel, Frank	Schriftführer

Bürgermeister Stommel eröffnet gegen 16:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung stellt sich somit wie folgt dar:

Tagesordnung:

- A. Öffentlicher Teil
 - 1. Erweiterung Gymnasium Zitadelle
 - 2. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
 - 2.1. Rheinland-pfälzisches Winzerfest 2002 in Jülich
 - 2.2. Vortrag des Geschäftsführers der KDVB Rhein-Erft-Rur zur Umlage und Entwicklung der KDVB
 - 2.3. Tarifliche Neuregelung ab 01.01.2002 für „geringfügig Beschäftigte“
 - 2.4. Verbrennen von Bio - bzw. Grünabfällen
-Antrag der SPD-Fraktion vom 10.11.2001-
hier: Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2001, Schriftverkehr mit dem Kreis Düren
 - 3. Anfragen

Postprojekt Galeria Juliacum
(Anfrage Nr. 5 /2002 der SPD-Stadtratsfraktion vom 09.04.2002)
 - 4. Unterricht im Elementarbereich
 - 5. Bürgerantrag Nr. 5/2002, Anregung von Herrn Dr. Prager „Ein Zeichen gegen den Staatsterror in Israel setzen“
 - 6. Ausbau des Stichweges „Bahnhofstraße“ Jülich
 - 7. Verleihung des Ehrenringes der Stadt Jülich an Herrn Helmut Scheuer
- B. Nichtöffentlicher Teil

A. Öffentlicher Teil

- 1. Erweiterung Gymnasium Zitadelle
(Vorlagen-Nr.: 168/2002)

Zu diesem Beratungspunkt findet eine gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mit dem Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss und dem Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss statt.

Stadtverordneter Köhne führt aus, dass die Kosten für den Erweiterungsbau inklusive der Aula als Multifunktionshalle auf dem jetzigen Gelände der Schirmerschule und der Stadthalle sich nunmehr günstiger darstellen als noch am Anfang der Überlegungen. Es müsse auch berücksichtigt werden, dass bei einem Neubau in den nächsten 10 – 15 Jahren keine Sanierungskosten anfallen. Das Schließen der Stadthalle halte er für falsch. Die Stadthalle sei für ein Mittelzentrum wie Jülich zu wichtig. Dies zeige, dass die Variante, die Schirmerschule und die alte Stadthalle abzureißen und auf diesem Gelände den Erweiterungsbau inklusive der Aula als Multifunktionshalle neu zu errichten, die einzige realisierbare Variante ist. Der Vorschlag der Verwaltung könne so nicht hingenommen werden.

Er beantragt aus den vorgenannten Gründen, entsprechend dem Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 03.03.2002 wie folgt zu beschließen:

- 1. Am jetzigen Standort der Stadthalle und der Schirmerschule ist unter Einbeziehung des

benachbarten Wohngrundstückes nach deren Abriss die Erweiterung des Gymnasiums Zitadelle mit einer integrierten, multifunktional nutzbaren Aula vorzunehmen.

2. Das Westgebäude wird für die Nutzung durch das Gymnasium aufgegeben.
Das Westgebäude wird saniert und für den Bedarf der Schirmerschule erweitert; ggf. unter Berücksichtigung der Organisation als Verbundschule.

Stadtverordneter Gunia bemerkt, dass hier über den Erweiterungsbau für eine Schule entschieden werden müsse. In diesem Zusammenhang müsse man bedenken, dass auch bei anderen Schulen dringender Bedarf in den nächsten Jahren besteht. Die „große Lösung“ mit dem Erweiterungsbau auf dem Gelände der Schirmerschule mit Neubau der Stadthalle führt zu einer erheblichen Mehrverschuldung als der Anbau am Westgebäude. Mit Steuererhöhungen sei es in diesem Jahr noch einmal gelungen, den Haushalt auszugleichen. Dieser Ausgleich wäre bei Realisierung der großen Lösung nicht mehr zu schaffen. Aus diesem Grunde könne nur der Erweiterungsbau am schon jetzt vom Gymnasium genutzten Westgebäude realisiert werden.

Stadtverordneter Neuenhoff erläutert, dass das Land Nordrhein-Westfalen sowohl einen Schultausch des Gymnasiums mit der Hauptschule als auch einen Erweiterungsbau in der Zitadelle ablehnt. Letztere Varianten würden die geringsten Kosten verursachen. Die Haltung der Bezirksregierung sei ihm nicht verständlich. Die Variante mit dem Abriss der Schirmerschule und der Stadthalle und Neubau des Erweiterungsbaus mit Multifunktionshalle an dieser Stelle ist nicht finanzierbar. Die Instandsetzung der Schulen habe erste Priorität. Für eine Entscheidung über die Schließung der Stadthalle sehe er zum jetzigen Zeitpunkt keine Veranlassung.

Stadtverordnete Kolonko-Hinssen führt aus, dass man auch für die Zukunft planen müsse. Wenn die Europäische Spallations-Quelle (ESS) nach Jülich kommt, dann müsse das Gymnasium eventuell wieder erweitert werden. Deshalb sollte man ihrer Meinung nach jetzt in die Zukunft investieren. Den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion könne sie aus diesem Grunde voll unterstützen.

Stadtverordneter Gunia stellt für die CDU-Stadtratsfraktion und die F.D.P.-Stadtratsfraktion folgenden Antrag:

1. Der Erweiterungsbau wird auf dem Grundstück des Westgebäudes am Propst-Bechte-Platz errichtet.
2. Es ist der größtmögliche Zuschuss mit der größtmöglichen Raumbeschaffung zu realisieren.
3. Die Verwaltung soll den Architekten dahingehend beauftragen, Pläne für einen Anbau am Westgebäude und für einen Einzelbau entlang der Westgrenze des Grundstücks vorzulegen.
4. Die Stadthalle wird weiter betrieben.

Zu der angesprochenen Problematik der Schließung der Stadthalle führt Bürgermeister Stommel aus, dass seitens der Verwaltung nicht beabsichtigt sei, die Stadthalle zu schließen solange sie mit kleineren Sanierungsmaßnahmen weiterbetrieben werden kann. Größere Investitionen in die Stadthalle seien aber nicht mehr sinnvoll, so dass der weitere Betrieb der Stadthalle zukünftig nicht gesichert sei. Über die Stadthalle könne auch dann entschieden werden, wenn größere Sanierungen erforderlich werden

Bürgermeister Stommel stellt fest, dass Einvernehmen darüber herrscht, dass über den Betrieb der Stadthalle derzeit kein Beschluss gefasst werden muss. Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der F.D.P.-Stadtratsfraktion würde den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie folgt ändern:

1. Das Gymnasium Zitadelle wird auf dem Gelände des Westgebäudes erweitert.
Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich mittels eines Architekten sowohl einen Anbau an das Westgebäude als auch einen Solitärbau (möglichst an der Westgrenze des Grundstücks) als Vorentwurf planen zu lassen.
2. Es ist der größtmöglich förderbare Schulraum zu schaffen.

Bürgermeister Stommel stellt fest, dass weitere Wortmeldungen zu diesem Beratungspunkt nicht vorgebracht werden.

Ausschussvorsitzender Gunia, Ausschussvorsitzender Frey und Bürgermeister Stommel lassen daraufhin den Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss, den Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss und den Haupt- und Finanzausschuss in der Angelegenheit abstimmen.

Zunächst wird über den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion abgestimmt, da dieser der weitergehende ist.

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion:

1. Am jetzigen Standort der Stadthalle und der Schirmerschule ist unter Einbeziehung des benachbarten Wohngrundstückes nach deren Abriss die Erweiterung des Gymnasiums Zitadelle mit einer integrierten, multifunktional nutzbaren Aula vorzunehmen.
Das Westgebäude wird für die Nutzung durch das Gymnasium aufgegeben.
2. Das Westgebäude wird saniert und für den Bedarf der Schirmerschule erweitert; ggfs. unter Berücksichtigung der Organisation als Verbundschule

wurde mit folgenden Abstimmungsergebnissen abgelehnt:

Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss:	7 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen
Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss:	7 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen
Haupt- und Finanzausschuss:	7 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen

Anschließend werden folgende Beschlussempfehlungen ausgesprochen:

Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss:	11 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen
Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss:	10 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen
Haupt- und Finanzausschuss:	12 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen

1. Das Gymnasium Zitadelle wird auf dem Gelände des Westgebäudes erweitert.
Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich mittels eines Architekten sowohl einen Anbau an das Westgebäude als auch einen Solitärbau (möglichst an der Westgrenze des Grundstücks) als Vorentwurf planen zu lassen.
2. Es ist der größtmöglich förderbare Schulraum zu schaffen.

Eine Beschlussempfehlung zur Schließung der Stadthalle wurde einvernehmlich nicht gefasst.

Stadtverordneter Frey beantragt, dass die Kosten für die Containeraufstellung bei der nun empfohlenen Variante „Erweiterungsbau auf dem Gelände des Westgebäudes“ ermittelt werden.

Dezernent Krause erläutert hierzu, dass bei dieser Variante keine Container aufgestellt werden müssen und somit hier keine Kosten anfallen.

2. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

2.1. Rheinland-pfälzisches Winzerfest 2002 in Jülich

(Vorlagen-Nr.: 177/2002)

Das rheinland-pfälzische Winzerfest wird nunmehr zum 3. Mal wieder auf dem Schlossplatz in der Zeit vom 11. – 14. Juli veranstaltet.

Die Eröffnung soll am Donnerstag, dem 11.07, um 17.00 Uhr, stattfinden.

Da zu diesem Zeitpunkt eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgesehen ist, wird vorgeschlagen, diese Sitzung auf Mittwoch, den 10.07.2002, 16.00 Uhr, vorzuverlegen.

Einwendungen gegen die Sitzungsverlegung werden nicht erhoben.

Stadtverordneter Meyer bittet bei dieser Gelegenheit, die für den 16. Mai vorgesehene Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses auf den 15. Mai vorzuverlegen, da am 16. Mai eine Informationsveranstaltung zur geplanten Europäischen Spallations-Quelle (ESS) stattfindet.

Bürgermeister Stommel sagt zu, eine Verlegung der Sitzung mit den übrigen Ausschussmitgliedern abzusprechen.

2.2. Vortrag des Geschäftsführers der KDVZ Rhein-Erft-Rur zur Umlage und Entwicklung der KDVZ

(Vorlagen-Nr.: 178/2002)

Im Haupt- und Finanzausschuss wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen gewünscht, dass seitens der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale (KDVZ) Rhein-Erft-Rur zur Umlage und Entwicklung der KDVZ im Haupt- und Finanzausschuss vorgetragen wird.

Mit dem Geschäftsführer der KDVZ Rhein-Erft-Rur, Herrn Wolfgang F. W. Jungnitsch, wurde vereinbart, dass dieser an der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 20.06.2002 teilnimmt und zu den genannten Themen vorträgt.

2.3. Tarifliche Neuregelung ab 01.01.2002 für „geringfügig Beschäftigte“

(Vorlagen-Nr.: 157/2002)

Die Stadt beschäftigt für die Betreuung bzw. Reinigung von Mehrzweckhallen, Leichenhallen, Turnhallen etc. ca. 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als „geringfügig Beschäftigte“, d.h. die monatlichen Bruttoeinkommen liegen unter 325 Euro.

Die Entschädigungen wurden bisher frei ausgehandelt, da keine tarifliche Regelung für diesen Personenkreis bestand.

Ab 01.01.2002 sind geringfügig Beschäftigte in den Geltungsbereich der Manteltarifverträge - mit Ausnahme der Zusatzversorgungs-Tarifverträge - einbezogen worden, d.h. es sind Arbeitsverträge abzuschließen.

Aus diesem Anlass beabsichtige ich, alle Einzelverträge unter Federführung der Organisation und der zuständigen Fachämter auf ihre Wirtschaftlichkeit zu überprüfen. Anschließend erfolgt dann die zwingend vorgeschriebene Überführung in den ab 01.01.2002 gültigen Tarifvertrag.

Bei dieser Gelegenheit wird noch mitgeteilt, dass die Reinigungskraft für die Leichenhallen in Welldorf und Güsten ihr Arbeitsverhältnis kurzfristig beendet hat. Es bestand dringender Handlungsbedarf zur Einstellung einer Ersatzkraft. Diese wird vor dem Hintergrund der neuen Tarifregelung zunächst mit einem Zeitvertrag bis zum 30.06.2002 beschäftigt. Die Monatspauschale beträgt 66,47 Euro.

Es wird davon ausgegangen, dass der Einstellungsstoppbeschluss des Rates vom 13.06.96 für diesen Fall als aufgehoben gilt.

2.4. Verbrennen von Bio - bzw. Grünabfällen

-Antrag der SPD-Fraktion vom 10.11.2001-

hier: Sitzung des Stadtrates vom 13.12.2001, Schriftverkehr mit dem Kreis Düren

(Vorlagen-Nr.: 175/2002)

In genannter Stadtratssitzung wurde beschlossen, den Sachverhalt seitens der Stadt Jülich zur Prüfung an den Kreis Düren heranzutragen. Dies erfolgte mit Schreiben vom 31.01.2002.

Von dort wird die in o.g. Stadtratssitzung vorgetragene Rechtsauffassung geteilt. Auf Grund der Gutachten und Stellungnahmen soll der Sachverhalt politisch auf Kreisebene diskutiert werden. Der Schriftverkehr wird den Ratsmitgliedern und den Mitgliedern des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses mit gesondertem Schreiben übersandt.

2.5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Der Bericht über die noch nicht durchgeführten Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses wird zur Kenntnis genommen.

3. Anfragen

Postprojekt Galeria Juliacum

(Anfrage Nr. 5 /2002 der SPD-Stadtratsfraktion vom 09.04.2002)

(Vorlagen-Nr.: 187/2002)

Anfrage:

1. Hat der Insolvenzantrag der Firma Holzmann Auswirkungen auf den Fertigstellungstermin des Projektes und welcher Termin ist endgültig für die Einweihung des Hauses vorgesehen?
2. Gibt es sonstige Auswirkungen z. B. hinsichtlich der gestalterischen Ausführung des Gebäudes oder der verwendeten Materialien?
3. Es gibt Gerüchte in der Stadt, dass große Anteile von Verkaufsflächen noch nicht vermietet sein sollen und einige bisher in der Innenstadt angesiedelte Geschäfte in die Galeria Juliacum umziehen. Deshalb bitten wir um Informationen, welche Handelsunternehmen bez. Geschäfte endgültig Verkaufsflächen in der Galeria Juliacum gemietet haben und wie hoch der Anteil der noch nicht vermieteten Flächen ist?

Stellungnahme:

1. Der Fertigstellungstermin verzögert sich durch den Insolvenzantrag der Firma Holzmann um ca. 1 Monat.
2. Für die gestalterische Ausführung des Projektes gibt es keine sonstigen Auswirkungen durch den Insolvenzantrag. Bezüglich Gestaltung der Fassaden des Parkdecks wird am 30.04.2002 ein Termin mit der Unteren Denkmalbehörde stattfinden. Über das Ergebnis wird im Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss am 16.05.2002 berichtet.
3. Der Anteil der vermieteten Flächen beträgt ca. 80 %, davon sind 10 % für kleinere Modeläden vorgesehen, welche aus der Stadt Jülich in das Projekt umziehen wollen.

4. Unterricht im Elementarbereich
(Vorlagen-Nr.: 170/2002)

Stadtverordneter Bochem stellt für die SPD-Stadtratsfraktion den Antrag, die Stelle nicht mit einer Honorarkraft zu besetzen, sondern die BAT-Stelle im bisherigen Sinne weiterzuführen.

Bürgermeister Stommel lässt zunächst über den Verwaltungsvorschlag, die Stelle mit einer Honorarkraft zu besetzen, abstimmen, da dieser der weitergehende sei.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 18 Nein-Stimmen

Bürgermeister Stommel stellt fest, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung damit abgelehnt ist und lässt über den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion abstimmen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 1 Enthaltung

Die zum 01.08.2002 frei werdenden 14 Unterrichtsstunden im Elementarbereich werden im Rahmen einer BAT-Stelle besetzt.

Der Einstellungsstoppbeschluss des Stadtrates vom 13.06.1996 ist für diesen Fall aufzuheben.

5. Bürgerantrag Nr. 5/2002, Anregung von Herrn Dr. Prager „Ein Zeichen gegen den Staatsterror in Israel setzen“
(Vorlagen-Nr.: 165/2002)

Vom Haupt- und Finanzausschuss wird Herrn Dr. Prager einvernehmlich Rederecht erteilt.

Herr Dr. Prager stellt klar, dass er den Antrag in einer Zeit gestellt hat, als das Aufsehen im Zusammenhang mit den Konflikten in Israel noch nicht so groß war. Die Situation sehe nun anders aus. Da es deshalb nicht mehr notwendig sei, über den Antrag zu befinden, ziehe er diesen zurück.

6. Ausbau des Stichweges „Bahnhofstraße“ Jülich
(Vorlagen-Nr.: 160/2002)

Beigeordneter Schulz erläutert, dass ursprünglich vorgesehen war, den Stichweg höher zu legen, um die Entwässerung über die Bahnhofstraße zu ermöglichen. Dies hatte zur Folge, dass am Ende des Stichweges ein Höhenunterschied von ca. 1,50 m entstehen würde. Dies sei seinerzeit auch vom Haupt- und Finanzausschuss so nicht mitgetragen worden.

Nunmehr sei entgegen der ursprünglichen Planung der Ausbau des Stichweges in der vorhandenen Höhe vorgesehen, so dass der Höhenunterschied nicht mehr zum Tragen kommt. Wie die Entwässerung erfolgt, müsse nun noch geplant werden. Dies gehe aber erst, wenn signalisiert wird, dass dem Ausbau des Stichweges grundsätzlich zugestimmt wird.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

Dem Ausbau des Stichweges in der vorgeschlagenen Form wird zugestimmt.

7. Verleihung des Ehrenringes der Stadt Jülich an Herrn Helmut Scheuer
(Vorlagen-Nr.: 173/2002)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Herrn Helmut Scheuer, wohnhaft in Jülich, Victor-Gollancz-Straße 1, wird in Anerkennung seiner Verdienste um das Wohl und das Ansehen der Stadt Jülich in kulturellem und heimatpflegerischem Bereich der Ehrenring der Stadt Jülich verliehen.

B. Nichtöffentlicher Teil